

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN im Rat der Stadt Monheim am Rhein

Haushaltsrede 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Gäste,

Zu Beginn danke ich Frau Noll, Herrn Krämer und allen anderen, die an der Aufstellung des Haushaltsentwurfs beteiligt waren, herzlich für ihre gute und engagierte Arbeit.

Auch in diesem Jahr haben wir über einen Haushaltsentwurf zu beschließen, der in weiten Teilen inhaltlich von uns allen getragen werden kann.

Viel Geld wurde und wird in die Attraktivität unsere Stadt investiert, in Schulen, Kindertagesstätten, andere Kultur- und Bildungsstätten wie das Sojus und vieles mehr.

Immer im Auge behalten müssen wir aber auch bei Projekten, über die inhaltliche Einigkeit besteht, dass die derzeitige finanzielle Situation unserer Stadt nicht für die Ewigkeit in Stein gemeißelt ist.

Bei aller Einigkeit zu vielen Themen werden einige Projekte aber durchaus unterschiedlich gesehen und kontrovers diskutiert.

Ich werde weit gehend davon absehen, Dinge ausführlich zu schildern und zu loben, in denen wir uns alle einig sind, sondern etwas ausführlicher auf die umstrittenen Punkte eingehen.

In 2016 hatten wir leidenschaftlich über die Überlassung von 2 Grundstücken für Moschee-Neubauten diskutiert. Über die optimale Art der Förderung sind wir nach wie vor anderer Meinung als die Peto. Dass die Moscheen gebaut werden und dass wir unsere muslimischen Mitbürger und Mitbürgerinnen dabei unterstützen, begrüßen wir ausdrücklich.

Dass andere Parteien insbesondere die Art der Förderung ablehnen und sie ein Bürgerbegehren angestrengt haben, muss man nicht gut finden. Man muss auch den Inhalt und die Formulierung des Bürgerbegehrens nicht gut finden. Man muss aber den Versuch akzeptieren. Durch einen geschickteren Umgang mit dem Thema hätte man diese Idee vielleicht im Vorfeld verhindern können.

Ein Bürgerbegehren dadurch zu verhindern, dass man bei einem relativ üppig bemessenen Zeitrahmen innerhalb weniger Tage Verträge schließt und behauptet, dass die Fragestellung nicht eindeutig sei, ist schlechter Stil.

Uns hat die Fragestellung auch nicht gefallen. Außerdem hätten einige möglicherweise nicht über die durchaus eindeutige Frage, sondern über den muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Allgemeinen abgestimmt.

Aber die Art, wie das Bürgerbegehren verhindert wurde, war nicht in Ordnung.

Wir begrüßen sehr, dass bald im Kreisverkehr Knipprather Straße/ Baumberger Chaussee die großartige Plastik "Schrei nach Freiheit" stehen wird, für die Saman Badawai auf sein Honorar verzichtet. Die Herstellungskosten ist das Werk sicherlich wert.

Es ist zweifellos auch weiterhin sinnvoll, Kunstwerke im öffentlichen Raum zu erreichen und zu fördern.

Dafür aber einen Finanzrahmen für 400.000€ pro Jahr festzulegen, halten wir für weit überzogen. Wesentlich sinnvoller wäre nach unserer Überzeugung ein erheblich kleinerer fester Finanzrahmen gewesen. Das hätte uns ja nicht davon abgehalten, für konkrete Werke wie das von Saman Badawai im Einzelfall auch hohe Beträge auszugeben.

Wir haben eben den Baubeschluss für das neue Schulzentrum Lottenstraße/ Krischerstraße gefasst und damit einen wichtigen Schritt zu optimalen Bedingungen für das Lernen unserer Kinder getan. Das ist gut so.

Weniger gut finden viele Monheimerinnen und Monheimer, dass diesem Schulzentrum das bestehende Gebäude der Lottenschule zum Opfer fällt. Man muss nicht unbedingt der Meinung sein, dass es sich um ein in jedem Fall zu erhaltendes Denkmal handelt. Man kann nach sorgfältiger Abwägung auch zu dem Schluss kommen, dass die optimale Beschulung in einem modernen Gebäude wertvoller ist als das Bestandsgebäude. Man muss aber sorgfältig abwägen und alle Alternativen, einschließlich unkonventioneller Lösungen, untersuchen und darf Gutachten, die einem nicht gefallen, nicht als Gefälligkeitsgutachten abtun.

Auch hier gilt: Das Ergebnis verspricht gut zu werden, der Weg dahin zeugt nicht von gutem demokratischen Umgang der Verwaltung und der Mehrheitsfraktion mit anderen Meinungen als der eigenen.

Übrigens war die Diskussion zu diesem Thema auch innerhalb unsere Fraktion durchaus kontrovers. Das kann und muss man aushalten, wenn man verantwortlich Politik gestalten will.

Zur Förderung der Bildung gehören natürlich nicht nur Baumaßnahmen, sondern vor Allem die inhaltliche Bildungsarbeit.

Dies betrifft auch eine breite Aus- und Weiterbildung, das Konzept der Volkshochschule und ungewöhnliche, innovative Konzepte

So haben wir ein praxisorientiertes Konzept zur Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für Flüchtlinge beschlossen.

Unabhängig von der besonderen Situation von Flüchtlingen, die z.B. teilweise ihre hohe Qualifikation im Heimatland hier nicht nachweisen können, ist wichtig, solche Konzepte auch für andere Bevölkerungsgruppen zu schaffen.

Nach wie vor fällt nämlich auf, dass die Finanzlage der Stadt Monheim am Rhein hervorragend ist, die persönliche Einkommenssituation der Monheimerinnen und Monheimer aber eher unterdurchschnittlich.

Zur Überwindung dieser Kluft kann Bildung auch durch Verbesserung der Arbeitsmarktchancen einen wertvollen Beitrag leisten.

Im Sommer haben wir über den Masterplan Innenstadt diskutiert, der viele sinnvolle und gute Ansätze bietet. Beispielsweise bestätigt er unsere Einschätzung, dass das Monheimer Tor in seiner jetzigen Form eben kein Tor ist, sondern zur Opladener Straße und zum Berliner Ring eine Barriere bildet und die Verbindung zum Berliner Viertel verbessert werden muss..

Bei einer konsequenten Umsetzung würde dieser Masterplan aber das Gesicht und den von vielen geschätzten Charakter unserer Innenstadt stellenweise bis zur Unkenntlichkeit verändern. Beispielsweise sollen zahlreiche Straßen 4- statt bisher maximal 2-geschossig bebaut werden.

Innerstädtische Verdichtung ja, aber bitte mit Maß und Ziel.

Die ersten Veranstaltungen zu einem wichtigen Baustein des Konzepts, dem Bereich Rathausplatz/ Gartenweg, lassen hoffen, dass zumindest manche Planer das richtige Maß haben und das Ziel gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern verantwortlich entwickeln.

Parallel zum Innenstadt- Plan wird der Altstadtrahmenplan entwickelt, der natürlich auch grundsätzlich sinnvoll ist. Bei der ersten Veranstaltung dazu hoffte ich allerdings, mich verhört zu haben oder dass der Planer in seiner Kurz-Präsentation die falschen Punkte betont hätte, denn es war immer wieder davon die Rede, dass Bäume stören, weil sie Sichtachsen und freie Blicke verhindern. Das Konzept enthält zweifelsohne einige sinnvolle Vorschläge wie die städtebauliche Verbesserung der Bereiche zwischen Turmstraße und Poetengasse beziehungsweise Kirchgässchen, aber das Thema Sichtachsen statt Bäume taucht leider immer wieder auf. Natürlich ist hier und da Wildwuchs entstanden, aber auch in ihrem Inneren hat unsere Altstadt sicher nicht zu viel Grün. An ihrem Rand zum Rhein hin bilden die Bäume keine Barriere, sondern ein wert- und reizvolles Bindeglied.

Dass man im Wechsel der Jahreszeiten mal mehr, mal weniger vom Rheinvorland sieht, gehört dazu.

Bäume scheinen bei städtischen Planungen auch nach dem Eindruck zahlreicher Bürgerinnen und Bürger allgemein eine eher untergeordnete Rolle zu spielen.

Natürlich sind beispielsweise im Rheinpark auch zahlreiche neue Bäume gepflanzt worden, aber bei vielen Maßnahmen hat man weder den Eindruck, dass besonderes Augenmerk auf

den Erhalt bestehender Bäume gelegt wird, noch dass immer ein gleichwertiger Ersatz geschaffen wird.

Auch bei der Planung des Gesundheitscampus wurde bereits im Vorfeld immer wieder auf die Bedeutung der Kastanie und der Linden auf dem Grundstück hingewiesen und von der Verwaltung zugesichert, sie in die Planung einzubeziehen.

Im jetzt vorliegenden, in weiten Teilen begrüßenswerten Konzept werden die Bäume mit keinem Wort erwähnt, geschweige denn berücksichtigt. Wie wir auf Nachfrage erfuhren, ist die Kastanie krank. Woran sie leidet, wissen wir nicht. Ob die Krankheit heilbar wäre, auch nicht.

Zur Alten Schulstraße hin soll ein Platz mit einem großen Baum geschaffen werden. Gute Idee. Große Bäume sind ja schon vorhanden, aber der Platz wird an anderer Stelle geplant. Es ist übrigens auch möglich, aber offensichtlich nicht angedacht, Bäume zu versetzen. Dass der neue Baum den optischen und ökologischen Wert der bestehenden erreicht, werden die Meisten von uns nicht mehr erleben.

Auffallend in diesem Zusammenhang auch, dass das Ziel "Steigerung der Anzahl Bäume je Einwohner", im letzten Haushaltsplan noch mit einer nicht gerade üppigen Steigerung von 0,2 auf 0,21 beziffert, im Plan für 2018 nicht mehr auftaucht.

Unser Antrag, ein Gutachten über neue Baumstandorte in Auftrag zu geben, wurde von der Peto-Fraktion entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Dass auf der Kopie unseres Antrags die handschriftlich die Bitte um ablehnende Stellungnahme vermerkt ist, ist gelinde gesagt äußerst verwunderlich. Dass die Verwaltung der sogenannten Bitte nachgekommen ist, verwundert dann nicht mehr.

Leider fand auch unser Antrag, Projekte zur Stärkung des Umweltbewusstseins von Kindern und Jugendlichen besonders zu fördern, keine Mehrheit. In der Stellungnahme der Verwaltung werden verschiedene sinnvolle Maßnahmen wie "Monheimer Schulen fahren Rad" aufgeführt. Uns ging es aber vor Allem um die Unterstützung besonderer Leuchtturmprojekte, in denen Kinder und Jugendliche Natur direkt erleben können - mit einem Bruchteil des Geldes, das für die Anschaffung von Kunstobjekten eingeplant ist.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs, beispielsweise die Anbindung an die S-Bahnhöfe, im kommenden Jahr erheblich ausgeweitet wird.

Da hätte gut ins Bild gepasst, die Optimierung der Verkehrsverhältnisse auf der Opladener Straße insbesondere den Bussen zugutekommen zu lassen, beispielsweise durch eigene Spuren im Ampelbereich. Zweifellos nutzt auch dem ÖPNV, wenn der Verkehr insgesamt besser fließt - allerdings nur solange, bis der Individualverkehr wieder dichter wird, was bei Verbesserung der Verkehrsbedingungen leider häufig der Fall ist.

Unser Antrag, mit der Rheinbahn Gespräche über eine Kooperation beim Projekt "Elektrifizierung der Busflotte" aufzunehmen, wurde auch mit dem Hinweis auf den derzeitigen Entwicklungsstand bei Mercedes-Benz, abgelehnt.

Unser Antrag zielte allerdings nicht dahin, sofort Elektrobusse anzuschaffen, sondern ein entsprechendes Projekt mit einem kompetenten Partner zu verfolgen. Dass die Rheinbahn an dem Thema arbeitet, konnte man in den letzten Tagen ja den Medien entnehmen.

Hamburg hat im Übrigen gerade 30 Elektrobusse ausgeschrieben, die 2019 in die Flotte integriert werden sollen - und voraussichtlich 30 weitere in 2020.

Die Hamburger haben ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie sich auf dem ausländischen Markt orientieren müssten, wenn die deutschen Hersteller nicht zu Potte kommen.

Apropos Hamburg:

Auf dem Gelände des Postgebäudes soll ein Hochhaus entstehen, das an die Elbphilharmonie erinnern soll.

Auch wir sind der Überzeugung, dass an dieser Stelle ein markantes Gebäude entstehen muss, gerne auch mit einem Hochhaus. Auch die Idee der Einbeziehung der Unterführung zu deren

Aufwertung begrüßen wir. Die vorliegende Planung sprengt allerdings in ihren Dimensionen den Rahmen der Umgebung völlig und nimmt keinerlei Rücksicht auf die umgebende Wohnbebauung auf der anderen Seite der Friedrichstraße und erst recht nicht an der Friedhofsstraße.

Wir könnten uns beispielsweise ein turmartiges Hochhaus am Kreisverkehr, wo es die Nachbarn weniger beeinträchtigt, und im Anschluss eine wesentlich niedrigere Bebauung vorstellen.

Die Heinestraße, die durch die vorgesehenen Änderungs-Maßnahmen zweifellos attraktiver wird, soll zukünftig neben Fahrrädern auch mit Autos befahren werden können.

Noch kürzlich wurde der umstrittene Bypass gebaut, um die Gebäude auf der Heinestraße besser von hinten anzudienen. Zumindest bisher zeitigt dies offensichtlich nicht den gewünschten Erfolg, so dass jetzt auch die ehemalige Fußgängerzone selbst befahren werden soll. Wir halten dies für den falschen Weg.

Im kommenden Jahr wird mit dem Aufbau eines digitalen Fahrradverleihsystems begonnen. Wir begrüßen dies. In der Darstellung im Haupt- und Finanzausschuss lag der Schwerpunkt allerdings etwas zu viel auf digital und etwas zu wenig auf Fahrrad. Leider konnte auf Nachfrage weder konkret benannt werden, wie weit der Ausbau für die im Haushalt vorgesehenen 1,4 Mio. gedeihen wird noch, wie hoch die Folgekosten sein werden. Für einen Beschluss im Zusammenhang mit dem Haushalt eine suboptimale Ausgangslage.

Die genaue Ausgestaltung des Systems wird sich noch klären. Wichtig ist für uns, dass die Nutzung nicht auf das Monheimer Stadtgebiet beschränkt wird. Insofern ist die Zusammenarbeit mit Langenfeld ein richtiger Schritt, aber auch die Anbindung beispielsweise an Düsseldorf ist wünschenswert.

Der Fahrradverleih soll eines der Angebote sein, die mit dem Monheim-Pass verbunden sein werden.

Nachdem ich einigermaßen verstanden habe, was mit es mit User- und Rollenmanagement, Bürgerkonto und Profil, Datenspeicher auf der Blockchain, Prepaid Management, Workflowmanagement und stadteigener Kryptowährung auf Basis der Blockchain-Technologie auf sich hat, scheint das Konzept sinnvoll.

Hilfreich wäre, solche Konzepte direkt verständlich zu erläutern.

Entscheidend ist, dass der Datenschutz sehr ernst genommen wird und die Karte Vorgänge und den Zugriff auf die eigenen Daten vereinfacht.

In den nächsten Wochen werden wir die Untersuchungsergebnisse zu einer denkbaren Veranstaltungshalle in der ehemaligen Fassabfüllhalle sehen und diskutieren. Wohlgemerkt denkbar und nicht beschlossen, obwohl immer wieder gerne ein anderer Eindruck erweckt wird. Beschlossen ist bislang nur die genannte Untersuchung, auf deren Grundlage dann Entscheidungen getroffen werden können. Gelöst werden müsste zum Beispiel, dass viele Besucher der Veranstaltungen nicht mit Rad oder Bus anreisen, sondern mit ihren Autos durch unsere Stadt fahren und diese dann auch loswerden wollen. Außerdem anderen sind Stadthallen in aller Regel Zuschussbetriebe. Die Frage ist meist nur, wie hoch der Zuschuss ist und was man sich leisten kann und will.

Wir sind gespannt auf die Untersuchung und die Antwort auf wichtige Fragen, ohne deren Lösung wir nicht zustimmen werden, so reizvoll der Gedanke an einen attraktiven Saal im historischen Gemäuer auch ist. Aus der Fassabfüllhalle darf kein Fass ohne Boden werden.

Neben weiten Teilen des Creative Campus sollen auch die Rathauscenter 1 und 2 und das Einkaufszentrum Holzweg in städtische Obhut genommen werden.

Erfahren haben wir von der geplanten Übernahme der Einkaufszentren im Übrigen nicht durch ein interfraktionelles vertrauliches Gespräch des Bürgermeisters mit den Fraktionsvorsitzenden, wie sie früher in solchen Fällen üblich waren. Stattdessen wurde ich von der Nachfrage der Rheinischen Post nach meiner Meinung zu dem mir bis dahin unbekanntem Vorhaben überrascht.

Natürlich dürfen komplizierte Verkaufsverhandlungen nicht öffentlich geführt werden, aber Vertreter des Rates vor der Presse zu informieren, gebietet der politische Anstand.

Inhaltlich bietet die Übernahme der Einkaufscenter zweifellos gute Entwicklungschancen. Die städtischen Töchter haben dabei sicherlich eine optimale Entwicklung der Innenstadt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger konsequenter im Auge als private Investoren aus anderen Städten, denen es eher um die Optimierung ihres Gewinns oder bedarfsweise auch Verlustes geht.

Auch die konsequente Planung und Vermarktung des Gewerbegebietes Creative Campus, wie sie ja auch im Rheinpark letztlich mit Erfolg betrieben wurde, bietet gute Entwicklungschancen. Wir müssen uns allerdings als Stadt auch in Zukunft immer fragen, was wir selbst machen und wo es sinnvoller ist, nur steuernd tätig zu werden.

Mit den beiden von der neuen städtischen Wohnungsbaugesellschaft zu errichtenden Baugebieten Sophie-Scholl-Quartier und Unter den Linden entstehen auf ehemaligen Schulgrundstücken zwei gelungene innerstädtische Wohn-Quartiere. Da diese Gebiete auf größeren Flächen neu konzipiert werden, vertragen sie und auch ihre Umgebung eine relativ hohe und dichte Bebauung.

Im Bebauungsplan Rheinterrassen wurde auf unseren Vorschlag hin die Planung besser an die Nachbarbebauung angepasst, indem statt des angeblich zeitgemäßen Flachdachs ein Satteldach das Hauptdach bildet. Zeitgemäß sind übrigens beide Dachformen. Wichtig ist, dass die Gebäudeform in die Umgebung passt und nicht, welche Dachform gerade in Mode ist. Häuser haben wesentlich länger Bestand als solche Moden.

Wir haben beantragt, das Klimaschutzmanagement zu verstärken, damit es sich auch intensiv der Klimafolgenanpassung sowie den zahlreichen städtischen Bauvorhaben widmen kann. Dass die Klimafolgenanpassung in der Zukunft ein wichtiges Thema ist, geht auch aus dem Wasserversorgungskonzept hervor, mit dem wir uns in der letzten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses beschäftigt haben.

Auch bei der Planung von Baugebieten oder auch dem Umbau der Innenstadt können die Folgen des Klimawandels für unsere Stadt verstärkt oder auch gemildert werden. In jedem Fall müssen sie berücksichtigt werden. Bisher haben wir nicht den Eindruck, dass dies der Fall ist. Auf unsere Forderung, den Klimaschutzmanager in die Planung städtischer Gebäude einzubeziehen, hieß es in der Vergangenheit, das sei nicht seine Aufgabe. Neuerdings kann er eingezogen werden, hat aber keine Zeit dazu. Auch hier wäre also ein weiterer Klimaschutzmanager sicherlich hilfreich.

Zu unserem Antrag, ein umfassendes Elektromobilitätskonzept vorzulegen, hieß es in der Stellungnahme der Verwaltung zum Stadtplanungs- und Verkehrsausschuss unter anderem, dass Elektro-Autos in aller Regel zuhause aufgeladen würden und dies auch nur dort sinnvoll sei. Daher seien die von uns vorgeschlagenen öffentlichen, teilweise zur Schnellladung geeigneten Ladesäulen nicht nur teuer, sondern auch überflüssig, da nur für den überörtlichen Fernverkehr geeignet. Von solchen Einrichtungen könnten durchaus auch Monheimerinnen und Monheimer profitieren. Außerdem werden Besucher auch mit öffentlichem W-LAN und neuerdings auch Begrüßungsschildern beglückt. Auch Ladestationen für E-Fahrräder sind laut Verwaltung wegen der unterschiedlichen Standards praktisch unmöglich, andererseits aber mehrfach vorhanden. Verstehen muss man das nicht.

Bevorrechtigte Parkmöglichkeiten für Elektroautos sind angeblich ebenfalls vorhanden. Die Mehrzahl ist hier fehl am Platze. Vorhanden ist in der Innenstadt ein reservierter Stellplatz - für 2 Ladeanschlüsse während der Ladung.

Außerdem wird darauf verwiesen, dass es bislang ja lediglich 17 Elektroautos in Monheim gibt. Sinn des Antrags ist aber eben nicht, deren Haltern einen Gefallen zu tun, sondern die Anzahl deutlich zu erhöhen.

Und so weiter.

Im Übrigen soll die Elektromobilität im Rahmen des Klimaschutzkonzepts weiter gefördert werden statt in einem "sektoralen Konzept". Wir halten das Thema weiterhin für so wichtig, dass ein eigenes umfassendes Konzept sinnvoll ist.

Leider sind viele unserer Anträge, durch deren Umsetzung unsere Stadt noch lebenswerter und gesünder geworden wäre, den Mehrheitsverhältnissen in den meisten Monheimer Ausschüssen zum Opfer gefallen.

Das verwundert allerdings nicht, wenn sich mehrfach auf den Kopien der Anträge in den Ausschussvorlagen die handschriftliche "Bitte um ablehnende Stellungnahme" findet. Ein Schelm, wer dabei denkt, dass es sich wirklich um eine Bitte handelt.

Normalerweise bittet man die Fachabteilungen um ihre objektive Stellungnahme und bildet sich danach ein Urteil bzw. eine Empfehlung. Ausdrücklich zu einer ablehnenden Stellungnahme aufzufordern, ist in wahrstem Sinne des Wortes unglaublich.

Den Vermerk auch noch unverhohlen den Ausschussunterlagen beizulegen, ist dann vielleicht die Offenheit, die im Wahlkampf versprochen wurde.

Möglicherweise tauchen die Inhalte der Anträge ja auch demnächst wieder auf, dann als Peto-Antrag oder Verwaltungsvorlage, getreu dem Motto "Nur ein Peto-Antrag ist ein guter Antrag." bzw. "Nur eine Verwaltungsvorlage ist eine gute Vorlage."

Es ist schon verwunderlich, wie oft sich im Abstimmungsverhalten auch nach Anträgen anderer Fraktionen oder Vertreter Kenia-, Jamaika-, Benin-, Tatarstan-, Tanu- oder andere "Koalitionen" bilden, die dann von der Mehrheitsfraktion neutralisiert werden.

Viele Vorschläge der Verwaltung finden aus gutem Grund weit gehende Zustimmung bei allen Mitgliedern in diesem Rat. Für gute Vorschläge und Anträge, die nicht von der Verwaltung oder der Mehrheitsfraktion stammen, fehlt nach unserem Eindruck allerdings bei Verwaltung und Mehrheitsfraktion leider häufig die Bereitschaft zur ergebnisoffenen Auseinandersetzung. Viele grüne Initiativen aus der Vergangenheit wurden, mittlerweile wie selbstverständlich übernommen, teilweise mit anderen Etiketten, beispielsweise das Klimaschutzkonzept, das ja immerhin verlängert wurde, aber auch Themen, die früher keine Rolle spielten oder abgelehnt wurden wie Dachbegrünung, Fahrradfreundlichkeit u.a..

Zu den grünen Initiativen gehört auch der Bürgerhaushalt, der nach unserem Eindruck in diesem Jahr nicht nur von der Anzahl der Vorschläge, sondern auch von deren Qualität einen großen Sprung nach vorne gemacht hat.

Wir danken hier auch der Verwaltung für ihre schnellen und in der Regel sachgerechten Stellungnahmen.

Einige Stellungnahmen teilen wir allerdings nicht, z.B. wenn eine Bürgerin oder ein Bürger sich wünscht, dass "auf öffentlichen Grünflächen, die nicht anderweitig genutzt werden, ... Bürgerinnen und Bürger selbst Gemüse, Kräuter und Salate ziehen und ernten können" und die Verwaltung antwortet, dass "die Errichtung und Unterhaltung solcher intensiv zu bearbeitenden städtischen Anlage bei Weitem die zur Verfügung stehenden städtischen Kapazitäten überfordert".

Es wurde ja vorgeschlagen, dass Bürgerinnen und Bürger ziehen und ernten und damit die meiste Arbeit übernehmen. Natürlich muss dies moderiert werden, aber andere Städte wie Andernach schaffen nicht nur dies, sondern weit mehr.

Es kommt darauf an, welche Prioritäten man setzt.

An dieser Stelle noch ein kleiner Nachtrag zur Sitzung vor ziemlich genau einem Jahr: Die Verwaltung hatte behauptet, gemäß Beschluss öffentlich angekündigt zu haben, dass auf Antrag öffentliche Flächen mit fachlicher Unterstützung der Verwaltung für das Projekt Essbare Stadt genutzt werden können. Dass der einstimmige Beschluss ein anderer war, wussten wir seinerzeit auch schon. Mittlerweile wissen wir auch, dass die Verwaltung zu diesem Thema auch in ihrem umfangreichen Newsletter gar nichts öffentlich angekündigt hat. So kann man einen einstimmigen Beschluss auch kaputt kriegen. Berichtet hat übrigens die Rheinische Post - in einem redaktionellen Artikel.

Die Grundsteuern A und B sollen zum nächsten Jahr auf 250% und damit deutlich stärker gesenkt werden als im ursprünglichen Haushaltsplanentwurf vorgesehen. Das ist gut so, denn insbesondere die Senkung der Grundsteuer B kommt allen Eigentümern und Mietern von Häusern und Wohnungen zugute.

Wie wir eher en passant im Zusammenhang mit der Senkung der Grundsteuer und einer aktualisierten Änderungsliste zum Haushalt erfahren, soll auch der Gewerbesteuerhebesatz schon in 2018 auf 250% gesenkt werden.

Wie die Rheinische Post ihre Leserinnen und Leser wissen ließ, hält Bürgermeister Daniel Zimmermann für "wichtig für Unternehmen, dass der Stadtrat als Ganzes die Höhe des Gewerbesteuerhebesatzes mitträgt"

Deshalb habe er gemeinsam mit Lisa Pientak Gespräche mit den Fraktionsspitzen geführt und um breite Zustimmung für die erneute Senkung geworben.

Das wäre eine gute Idee gewesen, hat aber leider nicht stattgefunden.

Mit mir hat jedenfalls niemand über die vorgesehene Senkung gesprochen, und mit Werner Goller nach meiner Kenntnis auch nicht.

Wenn man wirklich an einer breiten Zustimmung nicht nach Anzahl der Stimmen, sondern über Parteigrenzen hinweg interessiert ist, sind entsprechende Gespräche in einer so entscheidenden Frage selbstverständlich. In Monheim am Rhein leider nicht mehr.

Völlig unabhängig von der Frage, wer wen umworben hat, halten wir die erneute Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes rein sachlich für falsch und riskant.

Damit im Stadtsäckel mehr übrig bleibt als vor der Senkung, müssen die Unternehmen zunächst einen deutlich höheren Ertrag erwirtschaften. Dann kommt hinzu, dass -teilweise zeitversetzt- auch die Umlagen steigen - überproportional, da sie auf Grundlage des fiktiven, deutlich höheren Steuersatzes berechnet werden. Dies muss durch höheren Ertrag erstmal ausgeglichen werden, bevor die Stadt tatsächlich mehr einnimmt.

Und wozu wird überhaupt gesenkt? Wir sind ja offensichtlich schon seit Jahren attraktiv genug für Unternehmen - ob diese beispielsweise nach Amerika übersiedeln, hängt sicher nicht von einem halben Prozent mehr oder weniger Unternehmenssteuer ab - wenn Herr Trump denn überhaupt schafft, eines seiner zweifelhaften Projekte ernsthaft durchzuziehen.

Wie müssen uns irgendwann auch die Frage stellen, wieviel weitere Gewerbe-Ansiedlungen unsere Stadt auf ihrer kleinen Fläche noch verkraften soll, denn mit jedem Arbeitsplatz ist ja entweder weiterer Wohnflächenbedarf oder und mehr Verkehr, in jedem Fall aber mehr Infrastruktur verbunden.

Da die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes neuerdings ein wesentlicher Inhalt des Haushaltsplans 2018 ist und wir deren Risiken für weit größer halten als die Chancen, müssen wir den Plan ablehnen, obwohl wir vielen Inhalten gerne zustimmen würden

Frohe Weihnachten und alles Gute im neuen Jahr!